

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: Ersatzlose Streichung der Praxisgebühr

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird ersucht,

sich im Bundesrat, gegenüber der Bundesregierung oder auf andere geeignete Weise dafür einzusetzen, dass die Praxisgebühr für Krankenversicherte ersatzlos gestrichen wird.

Begründung:

Die seit dem 1. Januar 2004 eingeführte und von Anfang an umstrittene Praxisgebühr hat sich nicht bewährt. Ärzte, Patienten und Krankenkassen bemängeln insbesondere, dass sich die Praxisgebühr lediglich als ein weiteres bürokratisches Monster erwiesen hat, aber das einst propagierte Ziel, überflüssige Arztbesuche zu vermeiden und damit die gesetzliche Krankenversicherung zu entlasten, nicht erreicht werden konnte. Stattdessen bewirkt die Gebühr, dass Menschen mit niedrigem Einkommen eher auf notwendige Arztkonsultationen verzichten, was mit späteren erheblichen gesundheitlichen Folgewirkungen und steigenden Ausgaben für die Krankenkassen verbunden sein kann. In diesem Zusammenhang hat insbesondere die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung hervorgehoben, dass sich die Praxisgebühr als unsozial und präventionsfeindlich erwiesen habe.

Zudem können Patienten wegen vieler besonderer Verträge etwa zwischen Kassen und Ärzten heute die Praxisgebühr oft vermeiden. Von den einst geplanten Mehreinnahmen von 2,4 Milliarden Euro pro Jahr werden nur 1,5 Milliarden gegenwärtig erreicht. Die angestrebte Steuerungswirkung der Praxisgebühr auf die Anzahl der ärztlichen Konsultationen wurde verfehlt. Mit einem Jahresdurchschnitt von 19 Konsultationen liegt Deutschland im internationalen Vergleich immer noch weit vorn. Den niedergelassenen Ärzten entstand zudem ein weiterer bürokratischer Aufwand.

Angesichts dieser negativen Wirkungen der Einführung der Praxisgebühr hält die Fraktion DIE LINKE nach wie vor an deren ersatzlosen Streichung fest und erwartet eine unverzügliche Initiative Staatsregierung im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung zur ersatzlosen Streichung der Praxisgebühr.

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 15. Dezember 2009

Eingegangen am: _____

Ausgegeben am: _____